

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Der ADB. gegen die Pariser Beschlüsse.

Ein Aufruf an die Arbeiter der Welt.

Berlin, 4. Februar. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der Welt folgenden Aufruf:

Die Sklaverei, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden.

Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkerverbund errichten wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschloffen.

Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa gebracht werden, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun.

Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit, zur höheren Ehre Gottes und der Menschlichkeit.

Vier Jahre haben die Völker Europas unter dem Kriege gelitten. Vierzig Jahre sollen die Menschen, die unter der Herrschaft dieser Herren, denen die Gegner die Schuld am Kriege zuschieben, hängen. Ihre Kinder und Kindeskinde sollen verkommen und sterben. Sie selbst sollen wie die Arbeitstiere am Leben gehalten werden, um für die Sieger zu arbeiten. Ein Recht auf die Freuden des Lebens sollen sie nicht mehr haben. Ungefährte ebensoviel wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege ausmachte, soll im Lauf von zweihundert Jahren von den deutschen Arbeitern erzeugt und an die Sieger abgeliefert werden, erzeugt in einem Lande, dem man schon die ungeheuerlichen Lasten auferlegte, seine Naturkräfte zum großen Teil genommen, und dem man den Abzug der Werte seiner Arbeit nach andern Ländern unterbindet.

Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schäden wieder gutzumachen, es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen. Haß und Erbitterung werden sich in die Herzen einprägen, auch in die Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverbrüderung gekämpft haben.

Arbeiter der Welt, Ihr habt das Wort!

Diesem Aufruf schließen sich an der Allgemeine Freie Arbeiterkassenbund und der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Bei aller Berechtigung, im Interesse des deutschen und internationalen Proletariats gegen die Pariser Beschlüsse aufs schärfste zu protestieren, muß es doch einiges Befremden erregen, wenn der ADB. in seinem Aufruf ganz in die Tonart der altdeutschen Mäntel überlittert Färbung verfällt. Ebenso wie wir uns dagegen wenden, daß diejenigen, die durch ihre schamlose Kriegsbege und -politik das ganze Unglück auf dem Gewissen haben, nun das lauteste Geschrei erheben, wenn ihnen mit gleicher Münze heimgezahlt wird, ebensowenig finden wir es am Platze, wenn der ADB., der sich durch seine Haltung im Kriege zum Mißshandigen und Mißverantwortlichen gemacht hat, heute zum Zitatenschatz altdeutscher Revanchepolitiker seine Zuflucht nimmt, um seiner an sich berechtigten Entrüstung über die Pariser Beschlüsse Ausdruck zu verleihen.

Nationalbolshewisten in Bayern.

Deutschnational-kommunistische Kriegsbege.

München, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der kommunistischen Neuen Zeitung forderte gestern Otto Thomas die Zeitfreiwilligen und Studenten auf, die Waffen mit den Kommunisten zu teilen, eine Armee zu bilden, die die Grundlage jedes Staatswesens bildet, und in einer revolutionären Erhebung die Räterepublik gemeinsam auszurufen. Er meint, es müsse eine Brücke geben über die Leichen, die im Ruhrgebiet, in München, Bremen und Berlin liegen. Die nationalbolshewistische Jugend wird dann aufgefördert, in die kommunistische Versammlung zu kommen, in der gegen die Beschlüsse von Paris protestiert werden soll. Die Deutschnationalen und übrigen Konterrevolutionäre haben dieser Einladung in Massen Folge geleistet, und in der gestrigen Versammlung verurteilte der Kommunist Graf unter lärmendem Jubel der Studenten: „Wir Kommunisten treten ein für einen revolutionären Krieg gegen die Entente!“ Ein Bündnis mit Rußland soll die Grundlage dieses neuen Krieges abgeben. Eine Stunde lang heulte der kommunistische Redner zum Krieg und forderte die Nationalisten auf, gemeinsam mit den Arbeitern zu kämpfen. Der Diskussionsredner der USB. wurde nach kurzer Ausführungen am Weiterreden verhindert.

Die Kommunisten wollen also mit den deutschnationalen Arbeitermördern einen kriech-kriechlichen Krieg gegen die Entente angehen, mit denselben Deutschnationalen, die durch Ludendorff vor kurzem erst der Entente einen gemeinsamen Krieg gegen Sowjetrußland anboten. Ein neuer 4. August ist gekommen, aber die Rollen sind vertauscht. Die Kommunisten haben die Aufgabe der Aldeutschen vom August 1914 übernommen.

Bergmann lehnt die Einladung zur Brüsseler Konferenz ab.

Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie wir erfahren, hat der erste Delegierte der deutschen Delegation für Brüssel, Staatssekretär Bergmann, eine Einladung zur Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel auf den 7. Februar erhalten. Herr Bergmann hat geantwortet, daß die deutsche Delegation nicht in der Lage sei, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durcharbeitung der Pariser Beschlüsse beschäftigt sei und hierbei die Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren könne.

tion für Brüssel, Staatssekretär Bergmann, eine Einladung zur Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel auf den 7. Februar erhalten. Herr Bergmann hat geantwortet, daß die deutsche Delegation nicht in der Lage sei, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durcharbeitung der Pariser Beschlüsse beschäftigt sei und hierbei die Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren könne.

Regierungskrise in Ungarn.

Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Eine Drahtmeldung des Botschafters aus Wien besagt: In der ungarischen Nationalversammlung ist es anläßlich einer Abstimmung in der Königsfrage zu einer Regierungskrise gekommen. Die Legitimisten planen einen Vorstoß zugunsten der Wiedererhebung König Karls. Um dem Vorwurfskommen, hatte die Partei der kleinen Landwirte die Regierung aufgefordert, sich klar und deutlich auf den Standpunkt der freien Königswahl zu stellen. Ministerpräsident Teleki antwortete ausweichend und versuchte unter Hinweis auf die außerpolitische Gefahr die Entscheidung der Königsfrage aufzuschieben. Bei der Abstimmung blieb die Regierung mit 20 Stimmen in der Minderheit. Damit ist eine Krise eingetreten, die nur durch Rücktritt der Regierung oder durch Auflösung der Nationalversammlung beigelegt werden kann, falls nicht die Legitimisten durch einen Putsch die Angelegenheit auf ihrer Seite erledigen. Das Abstimmungsergebnis selbst bedeutet eine Niederlage der ungarischen Aristokratie und einen Sieg der kleinbäuerlichen Elemente, in deren Reihen sich übrigens auch zahlreiche republikanisch Gesinnte befinden.

Budapest, 5. Februar. (T.M.) Ministerpräsident Teleki ist mit zwei anderen Mitgliedern der Regierung und 35 Abgeordneten aus der bisherigen gemeinsamen Regierungspartei ausgeschieden, die damit gesprengt erscheint. Neben der Teleki-Gruppe war es die Gruppe des Ackerbauadministrators Stefan Szabó, die den wichtigsten Faktor des Parlaments bildeten. Teleki will mit der konservativen Gruppe und den Legitimisten unter Andrássy zusammenarbeiten, die Szabó-Gruppe, die Gegnerin der Habsburger ist, mit den liberalen Elementen zusammengehen, und wird den Namen Partei der kleinen Landwirte und Bürger annehmen.

Schwere Unruhen in Irland.

Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Nach Meldungen aus London wurde am Donnerstag in Koffar-berry zwischen 300 Sinnfeinern und Polizei-iruppen eine große Schlacht geliefert. Die Polizei hatte sich hinter den Mauern aufgestellt, wurde aber von beiden Seiten von den Straßen und aus den Häusern von den Sinnfeinern angegriffen. Allmählich wurden die Sinnfeiner von den Polizeitruppen vertrieben, die Verstärkung erhalten hatten. Mehrere Tote und Verwundete blieben auf dem Kampffeld. Einige Stunden später nahm das Militär die üblichen Repressalien vor. Das Rathaus von Koffar-berry und einige andere öffentliche Gebäude wurden eingeschleiert. Aus Dublin wird gemeldet, daß 9 Polizisten getötet und 2 verwundet wurden, als sie in einen Hinterhalt in Ballasgreen bei Rimerick gerieten. — Vor dem Gericht in Dublin wurden mehrere Prozesse im Zusammenhang mit den Brandstiftungen militärischer Truppen im September vergangenen Jahres in Balbriggan verhandelt. Ein Zeuge erklärte, er habe gesehen, daß mehrere Personen in Uniform der Polizei an mehreren Stellen in Häusern Brand gelegt hätten. Später kamen zwei Gruppen Leute, die auf andere Personen, die das Feuer zu löschen versuchten, feuerten. Ein anderer Zeuge erklärte, daß die Polizei 60 Tonnen Benzin requiriert habe. Es wurde ein Schadenersatz von 160 000 Pfund Sterling gefordert.

London, 3. Februar. Nach einer Neutermeldung aus Dublin werden bei einem Angriff von etwa 100 bewaffneten Männern auf eine Gendarmereibteilung bei Fernon die Angreifer zurückgeworfen. Einer von ihnen wurde getötet. In gatie (Grafschaft Cork) wurden am 2. Februar bei einem Zusammenstoß zwischen 20 Polizisten und 500 Manifestanten 6 der letzteren getötet.

Paris, 4. Februar. Betit Parisien meldet: In London wurde am 4. Februar ein auf einem Zweirad fahrender Polizist in Zivil durch zwei Revolvergeschosse getötet. Vorher wurden vier Bomben auf ein Kastauto mit Truppen geschleudert, ohne jemand zu verletzen.

Die Tiroler Abstimmung über den Anschluß verboten.

Die vom Tiroler Landtag beschlossene Volksabstimmung über den freiwilligen Anschluß Tirols an das Deutsche Reich ist auf Verlangen der Wiener Ententekommission von der Bundesregierung verboten worden.

Bayern, Frankreich und das Truskapital.

E. Gr. Bayern ist heute Trumpf im Reiche. Oder gar in Europa? Die norddeutschen Blätter widmen ihm eine eigene Rubrik und unterhalten mit auffälliger Betonung Spezialkorrespondenten in München. Wahrlich, die G'scherten haben Grund, ihr Hüßl auf Krackel zu rücken.

Ein Artikel im roten „Tag“ des Herrn Scherl schreibt Bayern gar die politische Führerschaft im Reiche zu. Hier liegt der Schwerpunkt des deutschen Aufstiegs. „Dort im Südosten wohnen die Brüderstämme, die der großen Volksgemeinschaft zustreben. Dort liegt eine Irredenta, deren Anblick tiefsten und heiligsten Schmerzes auslöst. Dort liegen aber auch wirtschaftliche Zukunftswerte, die uns den Verlust der Seegeeltung und wichtiger Kohstoffgebiete ersetzen müssen. Donau und Adria, der nahe und nächste Ozean, werden für Deutschland, was sie in den Tagen der Italiensfahrer und der Kreuzzüge gewesen sind.“ Und über die Zukunft Bayerns heißt es: „Die Fruchtbarkeit seiner Ackerkrume, der Holzreichtum seiner Wälder, die Schönheit seiner Bergwelt mit den hohen Kuckuckseffekten seiner Alpenflüsse und Gebirgsseen sind geeignet, bei richtiger Tatkraft und Verwaltung das Land zu einem Garten hoher Erzeugungskraft, seine Gewerbe zu Werkstätten modernster Technik, seine Erholungsstätten zu Sammelplätzen des internationalen Fremdenverkehrs zu machen. Nicht zuletzt liegt im Süden ein Moment der Veröhnung des in Haß u. Kulturpessimismus stehenden Europas. Im Ausland genießt das süddeutsche Wesen durch seine Offenheit und Biederkeit immerschin noch einen gewissen moralischen Kredit, der es als Träger einer kommenden Verständigung wenigstens der mitteleuropäischen Staaten und Völker geeignet erscheinen läßt.“

Ist es schon soweit, oder will man nur auf den Fuß klopfen?

Die Leute haben übrigens recht. München ist heute — und nicht allein innerpolitisch — wichtiger, ausschlaggebender als Berlin. Aber, wohl gemerkt, nicht als politisches Subjekt (die Zeiten sind heute vorüber, trotz Ludendorff und Escherich), sondern als Objekt, als politische Schauffigur, Königin etwa (nomen est omen!) im Spiele Briand und seiner Hintermänner. Hochverrat, Herr von Rahe? Ach nein! „O, was ist doch die deutsche Sprak für ein arm Sprak! für ein plump Sprak!“ Corriger la fortune! So viel französisch muß der bayrische Löwe wenigstens lernen.

Für seine geopolitische adge ist Bayern nicht verantwortlich und zu der Rolle, die es auf der politischen Bühne spielt, hat es sich nicht zu drängen brauchen. Oft fühlt man sich unwillkürlich in die Situation am Anfang des 19. Jahrhunderts zurückversetzt: Napoleon und der Rheinbund. Der Napoleon heißt heute allerdings „Kapital“ und hat zwar seine wichtigste Filiale in Frankreich, aber seinen Sitz jenseits des Atlantischen Ozeans im Bank- und Milliardenviertel von Newyork; seine „Troupiers“ tragen auch keine Bäremützen, sondern eleganten Zylinder und Lackstiefel, und seine Generäle heißen Sittmes oder so ähnlich. Wir haben uns eben doch modernisiert!

Außerdem erscheint Englands Position heute in ganz anderer Licht als in den Tagen der Kontinentalperre. Seine Politik zielt darauf, von seiner Inselstellung aus zwischen Rhein und Elbe bis zur Südspitze Italiens und darüber hinaus bis Afrika einen Ab-sperrungsordon zu ziehen, hinter dem es Mittel- und Osteuropa in eine imperialistisch-kapitalistische Ausbeutungssphäre verwandeln könnte. In dieser Kalkulation sind ihm Nordsee Küsten nicht hinterland und Italien ein sicherer Posten, auf den es zählen kann. Anders steht es um Mitteleuropa. Hier kreuzt seinen Weg das von Westen her zwischen deutschem Mittelgebirge und den Alpen-tämmen in breiter Front unter dem Schutze Frankreichs (und, wenn auch nicht immer klar erkennbar, der Vereinigten Staaten) hereinströmende Truskapital. Frankreichs Kontinentalpolitik hat sich von jeher nach der Donauachse orientiert. Kein größeres Hindernis für sie als ein einziges Deutschland mit einem nach dem Nordosten — weit vom Schuß! — verschobenen Schwerpunkt. Ein Bündnis, ein Zusammengehen von deutschem Reich und Frankreich ist ein geopolitischer Unsinn, ist widernatürlich. Braucht England ein einziges Deutschland als Durchgangstraße, so ist das selbstverständliche Ziel strategischer Politik die Schwächung der Herrschaft, die Zerstückelung Deutschlands. Nur über deutsche Staatsentwürfe geht der Weg Frankreichs nach Osten. Deshalb steht es leiter Heßl da an, wo deutsche Eigenbröckel kurz-sichtiger (oft auch wohl „berechtigter“) Partikularismus zu Hause sind. Zu beiden Seiten des Rheins und zu beiden Seiten der Donau. (Der Kleinstaatswirrwarr in Mitteleuropa ist es was ganz anders, ist auch ein Rest der guten alten Zeit retro-spektiven Charakters, im Ernstfall jedoch von viel stärkerer politischer Bindkraft als mancher andre Landesteil.)

Zu beiden Seiten des Rheins und zu beiden Seiten der Donau.